

Die öffentliche Meinung

ELISABETH NOELLE-NEUMANN

Man könnte denken, die große Mehrheit der Bevölkerung habe von dem in Aussicht genommenen Stichtag 1.1.1999 für die Einführung der europäischen Währung noch nie etwas gehört. Auf die Frage im April 1996: „Was denken Sie, wann wird die Währungsreform für Deutschland kommen, in wieviel Jahren werden wir eine europäische Währung haben?“ sagen 10%: „Innerhalb von drei Jahren“. 35% sagen, vom offiziellen Stichtag unberührt: „In vier bis fünf Jahren“, 26% antworten: „In sechs bis zehn Jahren“. 8% sehen die europäische Währung in noch weiterer Ferne. Nur 5% erklären: „Kommt gar nicht“.

Diese 5% sind eine Schlüsselzahl. Sie bedeuten nämlich, daß die Mehrheit sich auf die europäische Währungsunion eingestellt hat. Bei der Frage: „Rechnen Sie fest damit, daß die Währungsunion kommt, daß wir in einigen Jahren eine einheitliche europäische Währung haben, oder rechnen Sie eigentlich nicht damit?“ antworteten im April 1996 54%: „Rechne fest damit“, bei 26% Gegenstimmen: „Rechne eigentlich nicht damit“. Das restliche Fünftel blieb unentschieden.

Mit der souveränen Nichtbeachtung des offiziellen Stichtages zur Währungsunion steht die Bevölkerung nicht allein. Als das CAPITAL-Elite-Panel aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung – 583 Interviews mit den Spitzen von Unternehmen, Parlamenten, Behörden – im Juni 1996 gefragt wurde: „Rechnen Sie damit, daß ab Anfang 1999 die europäische Währungsunion kommt, oder rechnen Sie nicht damit?“ sagten 58%: „Rechne nicht damit“. Weniger als zwei Fünftel der Elite waren noch auf den offiziellen Stichtag der Einführung der europäischen Währung eingestellt, nur 4% blieben unentschieden.

Wenn also weder die Bevölkerung noch die Elite gespannt auf den 1.1.1999 schaut, so unterscheiden sich Bevölkerung und Elite in einem anderen Punkt diametral. Bei der Frage: „Wären Sie dafür oder dagegen, wenn es keine D-Mark mehr geben würde, sondern nur noch ein einheitliches europäisches Geld?“ ist die Bevölkerung im Mai 1996 wie in allen Jahren seit 1991 in deutlicher Mehrheit (58%) dagegen, nur ein Fünftel ist dafür. Im stärksten Kontrast dazu befürworten die deutschen Führungskräfte aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung jetzt nahezu geschlossen – nämlich zu 83% – die Währungsunion.

Zugleich rechnet eine Mehrheit von 57% der Führungskräfte – bei 36% Gegenstimmen – nicht damit, daß Deutschland an dem Stichtag, an dem über die Übernahme in die europäische Währungsunion entschieden wird, die Konvergenzkriterien erfüllen wird.

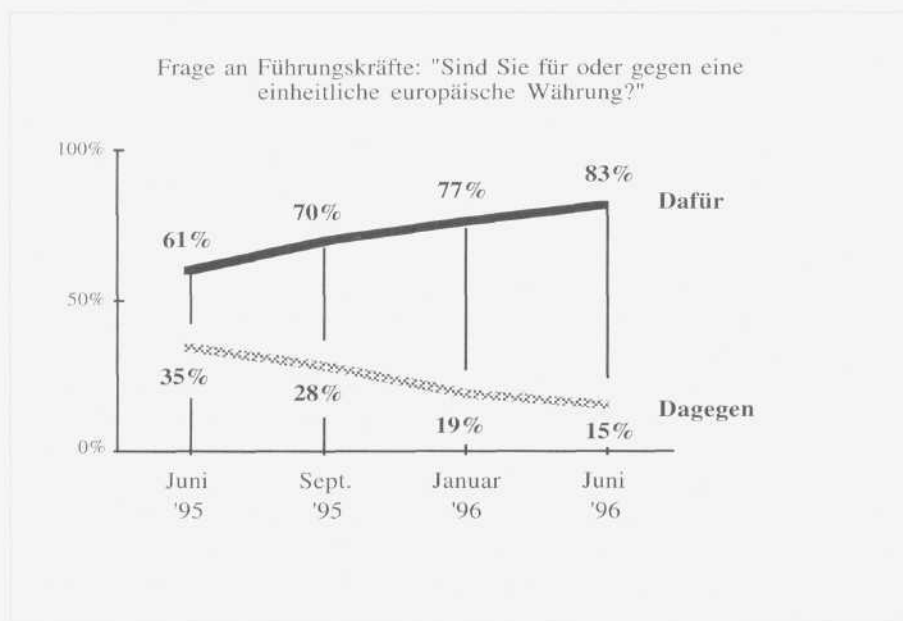
Früher hieß es oft, wenn die Währungsunion nicht zum im Maastricht-Vertrag vorgesehenen Stichtag komme, dann komme sie überhaupt nicht mehr. „Eine Ver-

Eine Kluft zwischen Elite und Bevölkerung:

Die Elite für, die Bevölkerung gegen die Währungsunion

	Bevölkerung 2125 Befragte Mai 1996	Führungskräfte 583 Befragte Juni 1996
	„Wären Sie dafür oder dagegen, wenn es keine D-Mark mehr geben würde, sondern nur noch ein europäisches Geld?“	
- Dafür	20%	83%
- Dagegen	58%	15%
- Egal	14%	—
- Weiß nicht, unentschieden	8%	2%
gesamt:	100 %	100 %

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 6029 und 3276



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, CAPITAL-Elite-Panel

schiebung ... würde das Ende des Planes überhaupt bedeuten", sagte der Präsident des Europäischen Parlaments, Professor Klaus Hänsch¹. Aber diese Ansicht ist offenbar überholt, denn die Führungskräfte rechnen ja fest mit der europäischen Währung und wollen sie auch, nur etwas später als im Maastrichter Vertrag geplant.

Wie läßt sich eigentlich eine so große Kluft zwischen den Ansichten der Führungselite und den Ansichten der Bevölkerung erklären? Es kann sich nur um grobe Defizite an Information handeln, eine „Wissenskluft", die von der Kommunikationsforschung seit Anfang der 70er Jahre beobachtet wurde und die offenbar im Zusammenhang mit dem Rückgang des Zeitunglesens, der Beschränkung auf das Fernsehen immer größer wird².

Schon seit vielen Jahren wird in den Artikeln zur „Öffentlichen Meinung" im Jahrbuch der Europäischen Integration darauf hingewiesen, daß der Informationsstand der Deutschen im europäischen Vergleich unerklärlich tief liegt – gemeinsam mit den Engländern, bei denen das aber nicht sehr unerklärlich ist, da sie sich nicht als Europäer fühlen³.

Die deutsche Demokratie hat – bedingt durch die Erfahrungen der Väter des Grundgesetzes in der Hitler-Zeit – den regierenden Politikern besonders wenig Möglichkeiten gelassen, die Bevölkerung direkt anzusprechen, um über ihre Pläne und Argumente zu informieren. Selbst wenn nach amerikanischem Muster, wo der Präsident sich regelmäßig im Fernsehen der Bevölkerung erklärt, eine Sendung „Zur Sache, Kanzler" im Zweimonatsturnus von SAT 1 eingerichtet wurde (Februar 1993), kommt bald der ganze Sender in Verruf, „Kanzler-Sender" zu sein. Aber andererseits betrachten die Medien es auch nicht als ihre Verantwortung, die Bevölkerung über zentrale Themen der Politik und die Sichtweise der Regierung zu informieren. Wenn diese Themen als trocken gelten oder die Sichtweise der Regierung von der Mehrheit tonangebender Medien nicht geteilt wird, kommen sie in den Medien kaum vor.

Es tut sich gleichsam ein Niemandsland der Information auf. In diesem Niemandsland befindet sich in Deutschland seit Jahren das Thema Brüssel-Straßburg-Europa. Dies läßt sich quantitativ belegen durch die Medieninhaltsanalysen tonangebender Medien, die seit 1994 in vierzehntägigem Rhythmus veröffentlicht werden⁴.

Das Europa-Thema gilt bei den Redaktionen als unattraktiv, und entsprechend wenig kommt es im Fernsehen vor. Falls es behandelt wird, überwiegen negative Bewertungen, wie etwa beim Schäuble-Lamers-Papier vom Herbst 1994⁵.

Unter diesen Umständen wurde im Herbst 1995 von der Bundesregierung beschlossen, 1996/97 eine Informationskampagne mit Zeitungsanzeigen und Fernsehspots durchzuführen⁶, ein Weg, der wahrscheinlich in Zukunft häufiger gegangen werden wird, da nach unserem Grundgesetz die Aufgabe der Information niemandem ausdrücklich übertragen ist. Der Regierungssprecher Hausmann begründet die Notwendigkeit, man dürfe nicht mangels Information irrationale Ängste die Einstellung der Bevölkerung bestimmen lassen.

Auch wenn die Ängste irrational sind, kann man sie ohnehin nicht einfach ignorieren. In der Demokratie wirken sie unmittelbar auf die politischen Entscheidungen ein. Immer häufiger findet man Betrachtungen, daß ausgerechnet 1998, also im Jahr vor dem Maastricht-Stichtag vom 1.1.1999, in Deutschland Bundestagswahlen und auch in Frankreich Wahlen stattfinden, welche die Politiker bei den Entscheidungen über die Währungsunion bedenken werden.

Angesichts der schwierigen Materie ist verständlich, daß man lange Zeit hoffte, ohne störende irrationale Bevölkerungsmeinungen in der Europapolitik voranzukommen. „Die Eliten verhandeln für die Menschen und fragen diese, wenn überhaupt, erst hinterher, ob sie einverstanden sind“, schrieb Timothy Garton Ash im Herbst 1995⁷.

Aber so wie bisher geht es nicht weiter. Werner Weidenfeld schreibt: „Es reift die Erkenntnis: Wir bewegen uns geradewegs auf ein 'Maastricht II' zu – nur mit dem Unterschied, daß die Bürger Europas einen solchen Vertrag nicht noch einmal akzeptieren werden“⁸.

Das Euro-Barometer Nr. 44, gestützt auf Interviews im November und Dezember 1995, zeigt, daß die Deutschen in bezug auf Europa besonders pessimistisch sind. Allensbacher Umfragen vom Oktober 1995 sowie Januar/Februar, April und Mai 1996 zeichnen das Bild einer furchtsamen Bevölkerung. Hier einige Beispiele:

- „Sehen Sie der Währungsunion eher mit Hoffnungen oder eher mit Befürchtungen entgegen?“ wurde im April 1996 gefragt. „Mit Hoffnungen“ antworteten 14%, „Mit Befürchtungen“ 57%.
- „Machen Sie sich Sorgen, daß unser Geld nach der europäischen Währungsunion an Wert verliert, oder vertrauen Sie darauf, daß das Geld seinen Wert behält?“ Im April 1996 machten sich 61% der Bevölkerung Sorgen, 28% vertrauten auf die Stabilität des europäischen Geldes.
- „Ist die Einigung Europas, die Europäische Union für Sie eher Anlaß zur Freude oder eher zur Sorge?“ – „Eher Freude“ empfanden im Mai 1996 31%, „Eher Sorge“ 38%, 31% blieben unentschieden.
- „Hat Deutschland durch seine Mitgliedschaft in der Europäischen Union eigentlich mehr Vorteile oder mehr Nachteile, oder würden Sie sagen, die Vor- und Nachteile gleichen sich aus?“ – „Mehr Vorteile“ sahen im Mai 1996 13%, „Mehr Nachteile“ 36%. Etwa zwei Fünftel meinten, es gleiche sich in etwa aus.
- In Westdeutschland wurde mit einer Frage an die Währungsreform vom 1948 erinnert: „Bei der Währungsreform von 1948 wurden ja nicht alle Ersparnisse im gleichen Wert umgetauscht, ein Teil des Geldes ging verloren. Glauben Sie, daß es bei der europäischen Währungsunion ähnlich sein kann, daß man durch den Umtausch Geld verlieren kann, oder glauben Sie das nicht?“ Im April 1996 fürchteten 45% der Westdeutschen, bei der Währungsunion könne man Geld verlieren. Ein Drittel, 32%, glaubten das nicht.
- Eine Frage im Mai 1996: „Innerhalb der Europäischen Union kann man ja arbeiten, wo man will. So gibt es zum Beispiel auf unseren Baustellen viele Arbeiter aus Portugal, die für weniger Geld arbeiten als Deutsche. Was meinen Sie, wer-

den bei uns wegen der Arbeiter aus anderen europäischen Ländern viele Deutsche auf Dauer ihre Arbeit verlieren, oder ist das nur vorübergehend, wird sich das in Zukunft ausgleichen?" 21% meinen zuversichtlich, es werde sich in Zukunft ausgleichen. 69% rechnen damit, daß viele Deutsche auf Dauer durch die Freizügigkeit innerhalb der EU arbeitslos werden.

Schon im 17. Jahrhundert wurde in England der Begriff „Meinungsklima“ geprägt. Der Ausdruck „Klima“ trifft die Sache so gut, weil die Sorgen und Meinungen nicht nur vom einzelnen gehegt werden, sondern sich anderen mitteilen, sie gehen, wie der Jurist Rudolf von Ihering es am Ende des 19. Jahrhunderts ausdrückte, „wie die Luft überall hin“⁹. Meinungsklima läßt sich demoskopisch messen, zum Beispiel mit der Frage: „Jetzt einmal abgesehen von Ihrer eigenen Meinung: Was glauben Sie, wie die meisten darüber denken? Sind die meisten Leute bei uns in der Bundesrepublik für eine gemeinsame Währung, oder sind die meisten Leute dagegen?“ 10% der Bevölkerung dachten im April 1996, die meisten seien dafür. 66% hatten beobachtet: „Die meisten sind dagegen“. Im Interview wurde eine Geschichte erzählt von einer öffentlichen Veranstaltung, bei der zwei Redner auftraten, einer, der dafür, und einer, der gegen die Währungsunion sprach. Die Frage endete: „Einer der beiden wurde ausgebuht. Welcher?“ Etwa die Hälfte der Bevölkerung nahm im April 1996 an, ausgebuht wurde der, der für die Währungsunion sprach, nur 20% sahen das umgekehrt.

Man steht hier vor einem interessanten Problem demoskopischer Interpretation. Wenn man die Ergebnisse aus den Umfragen von Ende Oktober 1995 bis Mai 1996 sieht, könnte man zu dem Schluß kommen, bei einem solchen Meinungsklima werde eine Regierung, die dennoch mit aller Entschiedenheit die Währungsunion durchsetzen wolle, mit Sicherheit bei der nächsten Wahl gestürzt. Das könnte dann auch nahelegen, die Gegnerschaft zur Währungsunion zum Wahlkampfthema zu machen. Endlich habe man ein „nationales Thema“ gefunden, erklärten sozialdemokratische Politiker im Blick auf geeignete Wahlkampfthemen für die Landtagswahl von 1996 in Baden-Württemberg¹⁰.

Aus guten Gründen war Altbundeskanzler und Herausgeber der ZEIT, Helmut Schmidt, entsetzt. Es mag ja gut sein, daß der Zeitpunkt für die Währungsunion besonders ungünstig ist, daß sie ein „verfehltes Integrationskonzept“ ist¹¹, daß auch das Argument, nur eine Währungsunion mache die Sache der Europäischen Union irreversibel, so nicht zutrifft. Und dennoch spricht alles dagegen, daß die Bevölkerung den Prozeß der europäischen Einheit rückgängig machen will. Es gibt manche Experten, die eine Währungsunion für den Integrationsprozeß nicht für notwendig halten. Auch die deutsche Bevölkerung hält die Währungsunion mehrheitlich nicht für notwendig, weder für die weitere Entwicklung der Europäischen Union noch für eine zukünftige starke Stellung der europäischen Union im globalen wirtschaftlichen Wettbewerb¹². Ganz offenbar haben in diesem Punkt sehr unterschiedliche Stellungnahmen von Experten die Bevölkerung erreicht; jedenfalls glauben 53%, die Experten seien in der Frage der Europäischen Währungsunion zerstritten¹³. Aber ausschlaggebend ist, daß die Mehrheit der Bevölkerung

fest mit der Währungsunion rechnet. Wenn man demoskopisch interpretiert, haben Erwartungen ein größeres Gewicht als das „Dafür“, „Dagegen“. Auch bei der Bevölkerung gibt es das, was der Jurist „Güterabwägung“ nennt. Weit verbreitet ist die Ansicht, die annimmt, wirtschaftliche Vorteile oder Nachteile seien letztlich entscheidend für die Akzeptanz durch die Bevölkerung. Aber das trifft keineswegs immer zu. Für die Akzeptanz der Europäischen Union ist wahrscheinlich nichts prägender als das Gefühl der Bevölkerung, das Trauma des Jahrhunderts (oder mehrerer Jahrhunderte) von den deutsch-französischen Kriegen, von innereuropäischen Kriegen überhaupt werde damit endgültig geheilt.

Europäische Union – das heißt für die Bevölkerung vor allem: Frieden. Bei einem Assoziationstest: „Woran könnte man bei 'Europa' tatsächlich denken?“ im Oktober 1995 lagen an der Spitze, von 65% bis 78% der Bevölkerung als passend empfunden: „Zukunft“ – „Vielfalt“ – „Kultur“ – „Frieden“ – „Freiheit“. „Wohlstand“ lag unter zwölf Assoziationen am Ende der Skala, von nur 33% als passend empfunden.

Anmerkungen

- 1 Die Welt v. 4.3.1996, S.11.
- 2 Bonfadelli, Heinz, Ulrich Saxer: Lesen, Fernsehen und Lernen. Zug 1986.
- 3 Vgl. etwa die Aufsätze: Noelle-Neumann, Elisabeth: „Die öffentliche Meinung“, Jahrbuch der Europäischen Integration, 1992/93, S.272; 1994/95, S. 269, 275f.
- 4 „Europa spielt bei den Privaten keine Rolle“, Medien Tenor v. 15.4.1996, S.1.
- 5 Medien Tenor v. 1.10.1994, S.6; siehe auch: „Verwirrung über den Euro“, in: Medien Tenor v. 1.4.1996, S. 8, oder: „Maastricht im Hintergrund“, in: Medien Tenor v. 15.4.1996, S. 1.
- 6 Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 10.7.1996, S. 14.
- 7 Garton Ash, Timothy: „Europa denken“, in: Internationale Politik 9 (1995), S. 8.
- 8 Weidenfeld, Werner: „Europa '96 - Unterwegs wohin? Die Europäische Union vor der Regierungskonferenz“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage der Wochenzeitung Das Parlament, v. 5.1.1996, S. 4.
- 9 Ihering, Rudolf von: Der Zweck im Recht. Zweiter Band. Leipzig 1883, S.180.
- 10 Leicht, Robert: „D-Mark, D-Mark über alles“, in: Die Zeit v. 3.11.1995, S.1.
- 11 Schwarz, Hans Peter: „Im Jahre 5 der neuen Zeitrechnung“, in: Mut Nr. 343, März 1996, S. 34-48.
- 12 Die Währungsunion sei „nicht notwendig“ im europäischen Einigungsprozeß, erklären 48%; daß Europa sich mit einer gemeinsamen Währung besser gegen Konkurrenten wie Japan oder die Vereinigten Staaten behaupten könne, erwarten nur 32%. Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr.6028, April 1996.
- 13 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr.6028, April 1996.